

# Elektorat(e) rechter Flügelparteien in Deutschland

Kai Arzheimer

*Autorenversion. Bitte zitieren als Arzheimer, Kai. "Elektorat(e) rechter Flügelparteien." Handbuch Rechtsextremismus. In: Häusler, Alexander, Cordelia Hess, Anke Hoffstad, and Florian Virchow (Hrsg.). Wiesbaden: Springer VS, 2023.*

<https://www.kai-arzheimer.com/elektorat-rechte-parteien>

## 1 Einleitung und Überblick

Die Beteiligung an Wahlen ist in Deutschland rein quantitativ die wichtigste Form der politischen Beteiligung. Dies gilt auch für den Bereich Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus. Diese Begriffe werden in der deutschen und internationalen Diskussion manchmal synonym benutzt, oft aber auch im Sinne einer Rangreihung verwendet, die unterschiedlich intensive Ausprägungen desselben Phänomens bezeichnet.

In der Forschung hat sich eine andere Verwendung der Begriffe, die sich an den Arbeiten von Cas Mudde (2007, 2019) orientiert, weitgehend durchgesetzt. Danach bezeichnet Rechtsradikalismus eine Ideologie, die Nativismus (eine Mischung aus Nationalismus und Xenophobie) mit autoritären Vorstellungen von Politik verbindet. Obwohl *Rechtsradikale* Elemente der *liberalen* Demokratie (u.a. Rechtsstaatlichkeit und vor allem Minderheitenrechte) ablehnen, wenden sie sich nicht (offen) gegen die Demokratie an sich, reduzieren diese aber auf die Mehrheits Herrschaft innerhalb einer ethnisch-kulturell abgegrenzten Gruppe. Darin unterscheiden sie sich von *RechtsextremistInnen*, die nach einer autokratischen Herrschaftsform streben.

Populismus ist nach diesem Verständnis eine nachgeordnete „dünne“ Ideologie, die einen Gegensatz zwischen dem reinen, als homogen gedachten Volk und einer korrupten Elite konstruiert und sich *auch* mit rechtsradikalen Ideen verbinden lässt. Eine Kombination mit offen rechtsextremen Ideen ist schwieriger, da diese oft selbst sehr elitär sind (Mudde, 2007, 24). Als Oberbegriff für rechtsextreme und rechtsradikale Ideologien und Parteien verwendet Mudde (2019) den Begriff „Far Right“, der in der deutschen Debatte als „rechtsaußen“, „äußerst rechts“ oder

„extrem rechts“ übersetzt wird. Insbesondere die ältere Literatur (z.B. Falter, 1994) spricht in diesem Zusammenhang auch von Rechts-, Flügel- oder Randparteien.

Seit 1949 existier(t)en in Deutschland eine kaum überschaubare Zahl solcher Rechtsaußenparteien (siehe die entsprechenden Artikel in + QUERVERWEISE IM HANDBUCH Stöss, 1983a,b; Decker und Neu, 2013), die sich auf allen Ebenen der Politik zur Wahl gestellt haben. Ob diese Parteien „nur“ rechtsradikal oder doch rechtsextrem sind bzw. waren, ist in aller Regel schwer zu entscheiden, da sie und ihre Mitglieder unter politischer und juristischer Beobachtung stehen und offen rechtsextreme Aussagen aus taktischen Gründen (zumeist) vermeiden. Die Mehrzahl dieser Organisationen hat und hatte dabei weder das Ziel noch eine realistische Chance, auf wahlpolitischem Wege Einfluss auszuüben. Vielmehr dient ihre Teilnahme an Wahlen vor allem dazu, die mit dem Parteienstatus verbundene Privilegien zu erhalten.

Selbst im Falle rechtsextremer Kleinstparteien ist die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen in aller Regel jedoch deutlich höher als die ihrer Mitglieder. So hatte der „III. Weg“ 2021 nur 650 Mitglieder (Bundesministerium des Innern und für Heimat, 2022, 52), konnte bei der Bundestagswahl im gleichen Jahr allerdings mehr als zwölfmal so viele, nämlich 7832 Zweitstimmen auf sich vereinen. Noch viel günstiger stellt sich dieses Zahlenverhältnis für die wenigen elektoral erfolgreiche Rechtsparteien dar: die AfD verfügte 2021 über etwas weniger als 30.000 Mitglieder, erhielt aber mehr als 4,8 Millionen Zweitstimmen. Die Frage, welche sozialen Gruppen aus welchen Motiven heraus Parteien am rechten Rand des Spektrums unterstützen, ist deshalb eine zentrale Frage der Wahlforschung.

Aus international vergleichender Perspektive gibt es hierzu einen gut gesicherten Forschungsstand (für einen Überblick siehe Golder, 2016; Arzheimer, 2018). Radikal rechtspopulistische Parteien werden in Europa deutlich häufiger von Männern als von Frauen gewählt. Ebenfalls überrepräsentiert sind Menschen mit mittlerer oder niedriger formaler Bildung sowie Personen, die manuelle oder technische Berufe ausüben, während die Zugehörigkeit zur *petite bourgeoisie* an Bedeutung verloren hat, da diese Gruppe numerisch immer kleiner wird. Weniger konsistent, aber häufig relativ stark sind auch die Effekte von Alter und Religion. In manchen Ländern zeigen sich überdies deutliche regionale Muster in der Unterstützung von Rechtsparteien. Dabei ist oft nicht klar, ob diese primär durch die räumliche Konzentration bestimmter Bevölkerungsgruppen (Kompositionseffekte) oder eher durch regionale Lebensumstände und Subkulturen (Kontexteffekte) zu erklären sind.

Eng mit der Frage nach ihrer sozialen Zusammensetzung verbunden aber oft deutlich schwerer zu beantworten ist die Frage nach den Motiven der RechtswählerInnen. Vor allem in der journalistischen und politischen Diskussion und hier vor allem in der frühen Phase des Aufstiegs von Rechtsparteien weit verbreitet ist die

Protestwahlhypothese. In ihrer stärksten Form („reine Protestwahl“) besagt diese, dass die Wahlentscheidung zugunsten einer Rechtspartei von ideologischen Überzeugungen unabhängig ist und sich ausschließlich gegen die etablierten Parteien und deren Politik richtet (Mayer und Perrineau, 1992, 134). Diese Hypothese übersieht, dass politische Unzufriedenheit in aller Regel nicht losgelöst von politischen Inhalten existiert, sondern sich im Gegenteil meist aus politischen Überzeugungen speist: Protestiert wird nicht ohne Grund, sondern weil sich die WählerInnen eine stärker rechtsgerichtete Politik wünschen (van der Brug et al., 2000; Swyngedouw, 2001). Die Protestwahlhypothese gilt deshalb seit langem als widerlegt (speziell zur AfD-Wahl siehe Schwarzbözl und Fatke, 2016).

Das logische Gegenstück zur Protestwahlhypothese wäre die Annahme, dass ein perfekter Zusammenhang zwischen Ideologie und Rechtswahl besteht, d.h. dass alle WählerInnen einer rechtsextremen (rechtsradikalen) Partei selbst ein geschlossenes rechtsextremes (rechtsradikales) Weltbild haben. Diese Auffassung ist aus mehreren Gründen unplausibel:

- Erstens sind WählerInnen in der Regel ohnehin unvollständig informiert, während Rechtsaußenparteien wie oben dargelegt ein strategisches Interesse daran haben, offen rechtsextreme Positionen zu verschleiern.
- Zweitens müssen Einstellungen aktiviert werden, um verhaltenswirksam zu sein. Zudem werden Einstellungen von unterschiedlichen Personen grundsätzlich und in Abhängigkeit von der Situation unterschiedlich gewichtet. Nur so lässt sich erklären, dass Rechtsaußenparteien immer wieder scheinbar aus dem Nichts Wahlerfolge erzielen konnten, um dann nach vergleichsweise kurzer Zeit wieder in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden.
- Drittens schließlich bewegen sich Einstellungen auf einem Kontinuum, und ihr Zusammenhang mit dem Wahlverhalten ist probabilistisch: Es gibt keinen festgelegten Punktwert, ab dem eine Person als rechtsradikal gilt und sich dann entsprechend verhält. Vielmehr werden bestimmte Verhaltensformen umso wahrscheinlicher, je stärker die entsprechenden Einstellungen ausgeprägt sind.

Trotzdem hat die international vergleichende Forschung in den letzten beiden Jahren eine recht klare Vorstellung der Motive von WählerInnen rechtsradikaler Parteien entwickelt. Zu ihren wichtigsten Beweggründen zählen eine ausgeprägte nationale Identität sowie kulturelle und ökonomische Bedrohungsängste, die sich in der Ablehnung von Zugewanderten und anderen ethnischen Minderheiten äußern. Es handelt sich dabei um die individuelle Entsprechung zu dem, was oben als nativistische Ideologie bezeichnet wurde. Oft gehen solche Einstellungen

mit einer Skepsis gegenüber der europäischen Integration sowie einer Ablehnung anderer Entwicklungen einher, die in der sozio-kulturellen Dimension des politischen Wettbewerbes (Bornschieer et al., 2021) zusammengefasst werden: Umwelt- und Klimaschutz, Rechte für sexuelle und andere Minderheiten, ökonomische und wirtschaftliche Globalisierung. Ebenfalls weit verbreitet ist eine negative Haltung gegenüber Eliten und ExpertInnen, die den oben vorgestellten populistischen Ideen entspricht. Zahlreiche Studien zeigen aber, dass Nativismus eine notwendige, wenn auch nicht immer hinreichende Bedingung und damit das zentrale Motiv für die Wahl rechtsradikaler Parteien ist.

Über die WählerInnen *rechtsextremistischer*, d.h. offen anti-demokratischer Parteien ist etwas weniger bekannt, da diese Gruppe deutlich kleiner ist (Golder, 2003) und sich in Umfragen seltener zu erkennen gibt (QUERVERWEIS AUF METHODENARTIKEL). Die Grundmuster sind aber ähnlich (Golder, 2016).

In der Bundesrepublik zeigen sich grundsätzlich vergleichbare Zusammenhänge zwischen sozio-demographischen Merkmalen und Einstellungen einerseits und der Wahl von Rechtsparteien andererseits. Zugleich gibt es einige Besonderheiten, die sich vor allem aus der deutschen Geschichte und der spezifischen Ausprägung des parteiförmigen Rechtsextremismus und -radikalismus in Deutschland erklären lassen. Zu letzteren zählen die starke Zersplitterung, die Fixierung auf den Nationalsozialismus sowie das dadurch bedingte jahrzehntelange Fehlen einer modernen radikal-rechtspopulistischen Partei mit überregionalen Wahlerfolgen.

Im nächsten Abschnitt werden zunächst die größeren Wahlerfolge rechtsextremer und rechtsradikaler Parteien im Überblick dargestellt, wobei eine Reihe kleinerer Parteien aus Platzgründen unberücksichtigt bleiben muss. Anschließend wird der Forschungsstand zu den WählerInnen der drei ersten Mobilisierungswellen in knapper Form zusammengefasst. Der vorletzte Abschnitt befasst sich dann ausführlich mit den WählerInnen der AfD. Im letzten Abschnitt werden die wichtigsten Ergebnisse noch einmal kurz zusammengefasst.

## **2 Drei (oder vier?) Wellen rechter Wahlerfolge seit 1945**

Analog zur Entwicklung im übrigen Westeuropa (Beyme, 1988) lassen sich in der Geschichte der Bundesrepublik grob drei „Wellen“ der Wahlerfolge von Rechtsaußenparteien unterscheiden (Arzheimer et al., 2001, 228-230). Die erste dieser Phasen beginnt in der Nachkriegszeit und ist vor allem mit dem spektakulären Erfolg der Sozialistischen Reichspartei (SRP, siehe Schmollinger (1983b)) in Niedersachsen verbunden, wo die Partei bei der Landtagswahl von 1951 elf Prozent der Wählerstimmen gewann. Bemerkenswert ist dies vor allem, weil die SRP nach Ideologie, Auftreten und Personal faktisch eine Nachfolgeorganisation der NSDAP war.

Nach dem Verbot der SRP im Folgejahr erzielten ähnlich ausgerichtete Parteien wie die Deutsche Reichspartei (DRP) und die Deutsche Gemeinschaft (DG) zunächst keine relevanten Erfolge mehr. Dies änderte sich erst Mitte der 1960er Jahre mit der Gründung der Nationaldemokratischen Partei (NPD), die zum größeren Teil aus der DRP hervorging, aber für sich in Anspruch nahm, mit der nationalsozialistischen Traditionslinie zu brechen und versuchte, mit einem eher diffusen Programm WählerInnen aus verschiedenen Strömungen im rechten Spektrum anzusprechen (Schmollinger, 1983a, 1929). Mit diesem Profil gelang der Partei zwischen 1966 und 1968 der Einzug in sieben der damals elf Landtage. Diese zweite Mobilisierungswelle endete jedoch bereits mit dem knappen Scheitern der NPD an der Fünfprozenthürde bei der Bundestagswahl 1969. Die Partei geriet danach in eine schwere Krise und verlor in einem durch das Ende der Großen Koalition stark veränderten Umfeld bei den jeweils nächsten Landtagswahlen alle Mandate.

Die dritte Welle rechter Wählermobilisierung schließlich beginnt dem Erfolg der 1983 gegründeten Republikaner (REP) bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl von 1989 und der Europawahl im selben Jahr. Als das Abgeordnetenhaus wegen der Wiedervereinigung 1990 neu gewählt wurde, gingen jedoch alle Mandate wieder verloren. Den REP gelang es danach nur noch bei zwei weiteren Landtagswahlen (Baden-Württemberg 1992 und 1996) die Fünfprozenthürde zu überspringen. Mitte der 1990er Jahre befand sich die Partei bereits in einer langen Phase des Niedergangs und konnte seitdem nur noch bei einzelnen Kommunal- und Europawahlen kleine Erfolge verbuchen.

In der internationalen Literatur wurden die REP oft als Vertreter der modernisierten oder „Neuen“ Rechten betrachtet, die zu dieser Zeit in vielen westeuropäischen Ländern vor allem deshalb erfolgreich war, weil sie sich endgültig von den revisionistischen und offen rassistischen Positionen der Vergangenheit löste und auf die Frage der Zuwanderung konzentrierte (siehe z.B. Backer, 2000, 100). Tatsächlich fallen die besten Ergebnisse der REP jedoch in die Zeit unter Franz Schönhuber, der öffentlich mit seiner Vergangenheit bei der Waffen-SS kokettierte. Zu einer glaubwürdigen Distanzierung der REP vom Nationalsozialismus kam es erst *nach* dem elektoralen Niedergang der Partei.

Punktuelle Erfolge erzielten in dieser Welle auch die NPD, die nach der Wiedervereinigung eine gewisse personelle Erneuerung erlebte und zugleich immer näher an den (auch gewaltbereiten) Rechtsextremismus heranrückte (Pfahl-Traughber, 2016), und die von vornherein recht offen rechtsextremistische Deutsche Volksunion (DVU, siehe Pfahl-Traughber (2018)), die später in der NPD aufging. Die DVU war von 1992 bis 2000 im Landtag von Schleswig-Holstein und von 1999 bis 2009 im Landtag von Brandenburg vertreten. Wegen ihrer relativen Stärke im Wahlgebiet Bremerhaven saß sie außerdem von 1987 bis 1995 und von 1999 bis

2011<sup>1</sup> in der Bremer Bürgerschaft, auch wenn sie landesweit die Fünfprozenthürde zumeist verfehlte. Die NPD kam 2004 bei der Landtagswahl im Saarland erstmals seit Jahrzehnten wieder in die Nähe der Fünfprozenthürde. Wenige Wochen später übersprang sie diese in Sachsen, wo sie mehr als neun Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen konnte und im Parlament vertreten war, bis sie 2014 denkbar knapp an der Fünfprozenthürde scheiterte. Von 2006 bis 2016 saß die NPD auch in Mecklenburg-Vorpommern im Landtag.

In beiden Ländern wurde sie von der AfD abgelöst, die ab 2014 nach und nach in *alle* Landesparlamente, ins Europaparlament und 2017 auch in den Bundestag einzog. Insofern könnte man argumentieren, dass die dritte Welle nie zu Ende gegangen ist. Für den internationalen Kontext weist Mudde (2019) allerdings darauf hin, dass sich seit den frühen 2000er Jahre Auftreten, Struktur und Unterstützung der Rechtsparteien aber auch deren politisches Umfeld so deutlich verändert haben, dass man von einer vierten Welle sprechen sollte.

In einem gewissen Umfang gilt dies auch für Deutschland und die AfD. Zum einen stellen die Wahlergebnisse der AfD alle früheren Erfolge rechter Flügelparteien in den Schatten. Zum anderen hat sich die AfD seit ihrer Gründung 2013 dramatisch verändert (Lees, 2018; Arzheimer, 2019; Hansen und Olsen, 2020). Dabei folgt die Partei einem ungewöhnlichen Muster. Während bis zur De-facto Spaltung von 2015 unklar war, ob sie eher als konservativ oder als radikal rechts-populistisch eingeordnet werden sollte, bewegt sich die Partei seit ca. 2017 immer stärker auf den klassischen Rechtsextremismus zu. Dies wird auch von (potentiellen) WählerInnen wahrgenommen: Im November 2019 waren 80 Prozent der im ZDF-Politbarometer Befragten der Meinung, dass rechtsextremes Gedankengut in der AfD „weit“ oder sogar „sehr weit“ verbreitet sei. Ein Jahr später war dieser Wert auf nun 85 Prozent gestiegen. Parallel zu dieser Entwicklung hat die AfD zumindest in den alten Bundesländern deutlich an Unterstützung verloren.

### **3 Rechtswahl in der frühen Bundesrepublik und in den 1960er Jahren**

Über die WählerInnen der SRP und der weniger bedeutenden Rechtsparteien der 1950er und 1960er Jahre ist wenig bekannt, da es zu dieser Zeit in Deutschland keine moderne Wahlforschung gab und keine Umfragedaten erhoben wurden. Aus der räumlichen Verteilung der Stimmen auf Land- bzw. Wahlkreise und den Eigenschaften lassen sich aber zumindest einige Zusammenhänge ableiten, auch wenn hier immer die Gefahr eines ökologischen Fehlschlusses mitbedacht werden

---

<sup>1</sup>Der einzige DVU-Abgeordnete trat allerdings bereits kurz nach der Wahl von 2007 aus der Partei aus.

muss. So war die SRP bei der Landtagswahl in Niedersachsen in jenen Regionen besonders erfolgreich, in denen bereits die NSDAP und später die DRP überdurchschnittliche Stimmenanteile erzielt hatte (Tauber, 1967, 704). Sozialstrukturell handelte es sich dabei um agrarisch geprägte Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit und einem niedrigen Katholikenanteil (Schmollinger, 1983b, 2311-2312). Auch bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg im Folgejahr zeigten sich ähnliche Muster (Schmollinger, 1983b, 2313).

Deutlich besser ist die Datenlage bezüglich der WählerInnen der NPD in den 1960er Jahren. An erster Stelle ist hier die Pionierstudie von Liepelt (1967) zu nennen, die sich u.a. auf Umfragedaten stützt, die INFAS 1966/67 erhoben hatte. Im Ergebnis zeigt sich, dass die NPD vor allem dort Chancen hatte, wo WählerInnen nicht (mehr) an die Vorfeldorganisationen von CDU/CSU und SPD – die Kirchen und die Gewerkschaften – gebunden waren. Insbesondere die (aktive) Mitgliedschaft in der *katholischen* Kirche hatte eine solche immunisierende Wirkung, während die NPD wie schon die SRP und die NSDAP in protestantischen Gebieten besser abschnitt. Bei un- und angelernten Arbeitern (vor allem solche ohne Gewerkschaftsbindung), aber auch bei der *petite bourgeoisie* erzielte die NPD klar überdurchschnittliche Ergebnisse. Die repräsentative Wahlstatistik (eine Sonderauszählung eines kleinen Teils der Wahlzettel nach Geschlecht und Altersgruppen) zeigt überdies, dass Männer deutlich (um ca. ein Drittel) häufiger die NPD wählten als Frauen. Ebenfalls klar überrepräsentiert war außerdem die Gruppe derjenigen, die den Nationalsozialismus als junge Erwachsene erlebt hatten.

Auf der Einstellungsseite hatten NPD-WählerInnen überdurchschnittlich häufig einen subjektiven wirtschaftlichen Abstieg erlebt. Nochmal überproportional größer war auch der Anteil derjenigen, die mit negativen Erwartungen auf die eigene wirtschaftliche Zukunft blickten. Vorherrschend war außerdem eine negative Einstellung gegenüber den etablierten Parteien, autoritäre Politikpräferenzen und eine vergleichsweise positive Sicht auf den Nationalsozialismus. Zurecht weist Liepelt allerdings darauf hin, dass derartige Ansichten Mitte der 1960er Jahre weit über die AnhängerInnen der NPD hinaus Zustimmung fanden (Liepelt, 1967, 263).

Ergänzt wurden Liepelts Analysen in neuerer Zeit durch die Arbeit von Mayer (2011), die den Datensatz zu einer fast vergessenen Befragung von NPD-SympathisantInnen ausgewertet hat, die Thomas Herz und Hans-Dieter Klingemann 1969 durchgeführt haben. Der entsprechende Fragebogen enthielt eine Reihe höchst interessanter Items, die sich in ähnlicher Form auch in der modernen Extremismusforschung wiederfinden. Gefragt wurde u.a. nach der Bewertung des Nationalsozialismus, nach Nationalismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit sowie nach Werten und Persönlichkeitsmerkmalen. Mayer analysiert diese Daten erstmals mit modernen statistischen Verfahren aus. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Neigung zur Wahl der NPD eng mit rechtsextremen Einstellungen und hier insbesonde-

re mit einer positiven Beurteilung und Verharmlosung des Nationalsozialismus verknüpft ist (Mayer, 2011, 137). Diese Beziehung bleibt auch in multivariater Betrachtung stabil. Eine wichtige Rolle spielen daneben auch eine gegen die etablierten Parteien gerichtete Unzufriedenheit sowie eine positive Bewertung der NPD selbst.

#### **4 RechtswählerInnen seit den späten 1980er Jahren**

Obwohl die deutsche Wahlforschung zwischen dem Ende der zweiten und dem Beginn der dritten Welle enorme Fortschritte gemacht hat, ist auch über die RechtswählerInnen der 1990er und frühen 2000er Jahre nicht sehr viel mehr bekannt als über die WählerInnen der NPD in den 1960er Jahren. Dies hat mehrere Gründe. Zum einen waren DVU, NPD und REP in dieser Zeit immer nur punktuell, d.h. bei einzelnen Landtagswahlen erfolgreich, und die Zahl der RechtswählerInnen war nach wie vor insgesamt niedrig, so dass diese Gruppe mit standardisierten Umfragen ohnehin nur schwer abzubilden war. Zum anderen war die Wahl dieser Parteien mindestens so stark, wenn nicht noch stärker stigmatisiert wie die Wahl der NPD drei Jahrzehnte zuvor. RechtswählerInnen waren deshalb in Wahlumfragen regelmäßig stark unterrepräsentiert, weil sie entweder gar nicht erst teilnahmen oder aber ihre wahre Wahlabsicht nicht zu erkennen gaben.

Um dieses Problem zu entschärfen, kumuliert Falter (1994) eine große Zahl monatlicher Umfragen, mit deren Hilfe er das Elektorat der Republikaner in den frühen 1990er Jahren zu untersucht (siehe auch Klein und Falter, 1996a,b; Lubbers und Scheepers, 2000). Im Ergebnis zeigte sich vor allem ein großer Unterschied zum früheren Elektorat der NPD: die REP waren nun auch bei jüngeren Männern besonders erfolgreich. Zudem hatte sich der Effekt einer niedrigen oder mittleren Bildung nochmals verstärkt, und das soziale Profil (mit einer Überbetonung von ArbeiterInnen) war noch schärfer umrissen.

Bezüglich der Einstellungen ergab sich jedoch ein sehr ähnliches Bild: WählerInnen (bzw. Wähler – auch hier dominierten wieder die Männer) haben ein negatives Bild von den etablierten Parteien, befürchteten einen wirtschaftlichen Abstieg und neigten zugleich politisch rechten bis rechtsextremen Einstellungen zu. Neben den klassischen Themen des deutschen Rechtsextremismus – Antisemitismus, Autoritarismus und Verklärung/Verharmlosung des Nationalsozialismus – spielte nun auch eine negative Haltung gegenüber AusländerInnen und vor allem AsylbewerberInnen eine zentrale Rolle. Dieser letzte Punkt steht in Einklang mit der Entwicklung moderner rechter Flügelparteien und ihrer Elektorate in anderen europäischen Ländern.

Die WählerInnen der DVU waren mit den Mitteln der Umfrageforschung noch

deutlich schwerer zu fassen als diejenigen der REP. Die Literatur geht aber davon aus, dass beide Parteien sehr ähnliche Wählergruppen angesprochen haben (siehe z.B. Arzheimer et al., 2001). Dies gilt (mit einigen kleineren Abstrichen) auch für die (ostdeutschen) WählerInnen der NPD in den frühen 2000er Jahren (Pfahl-Traugber, 2016; Kreter, 2020).

## 5 Die WählerInnen der AfD

### 5.1 Grundsätzliches und Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik

Wie oben dargelegt haben sich Auftreten, Ideologie und Mitgliedschaft der AfD seit ihrer Gründung 2013 deutlich gewandelt. Dies sollte sich auch im Elektorat niederschlagen. Allerdings verlief der Wandel der Partei keineswegs gleichmäßig und gleichförmig. Vielmehr ist die AfD bis heute durch die Abwesenheit einer stringenten Führung und das Mit- und Gegeneinander verschiedener Strömungen, Landesverbände und Netzwerke geprägt (Heinze und Weisskircher, 2021) und hat deshalb zunächst ein heterogenes Elektorat angezogen.

Die Analyse von Schmitt-Beck (2017) zeigt, dass sich bereits wenige Monate nach Gründung der Partei, nämlich im Bundestagswahlkampf 2013, die ganz frühen UnterstützerInnen von der größeren Gruppe der Spät- bzw. Kurzentschlossenen unterschieden: erstere stimmten hauptsächlich wegen ihrer Skepsis gegenüber der Euro-Rettungspolitik für die AfD, während letztere durch die Ablehnung von Migration und Immigranten motiviert waren – Themen, zu denen sich die AfD zu diesem Zeitpunkt in ihren Programmen kaum positioniert hatte (siehe aber Lees, 2018, 306). Dies änderte sich erst mit den (ostdeutschen) Landtagswahlkämpfen desselben Jahres, in denen die Verbände in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt erstmals mit zuwanderungs- und islamkritischen Aussagen in Erscheinung traten und damit eine Vorlage für die Transformation der Gesamtpartei lieferten (Arzheimer, 2022).

Ebenfalls schon bei der Bundestagswahl 2013 zeichneten sich zwei weitere Tendenzen ab, die in den folgenden Jahren das Elektorat der AfD prägen sollten. Aus der repräsentativen Wahlstatistik (Bundeswahlleiter, 2014) geht hervor, dass der Zweitstimmenanteil der AfD in den neuen Bundesländern bereits damals rund ein Drittel höher lag als im Westen und dort sogar ausgereicht hätte, um die Fünfprozenthürde zu überspringen. Besonders stark war die Partei schon damals in den Ländern, in denen sie bis heute ihre größten Erfolge erzielt, nämlich in Thüringen (6,2%) und Sachsen (6,8%). Zudem zeigt sich ebenfalls bereits in der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2013 die von den früheren Rechtsparteien bekannte Kluft zwischen Frauen und Männern. Bei den *Wählerinnen* kam die AfD

gesamtdeutsch lediglich auf einen Zweitstimmenanteil von 3,6%. Der Vergleichswert für die *Wähler* lag um fast zwei Drittel höher bei 5,9%. Beide Merkmale wirken additiv zusammen: Bei den westdeutschen Frauen erreichte die AfD nur 3,4% der Zweitstimmen, bei den ostdeutschen Männern waren es 7,1%. Interessant ist schließlich auch der Blick auf die Altersverteilung: In beiden Regionen war die AfD bei den WählerInnen zwischen 60 und 70 und vor allem bei den WählerInnen über 70 deutlich schwächer als in allen anderen Altersgruppen.

Ganz ähnliche Muster zeigen sich – wenn auch auf sehr viel höherem Niveau – bei den beiden folgenden Bundestagswahlen. So errang die AfD 2021 im Gebiet der alten Bundesrepublik 8,2%, im Gebiet der früheren DDR aber mehr als zweimal so viel, nämlich 20,5% der gültigen Zweitstimmen. Im wesentlichen unverändert blieb das Geschlechterverhältnis: 7,8% der Frauen, aber 13% der Männer stimmten für die Partei. Wie schon 2013 wirken beide Merkmale additiv zusammen: Bei den westdeutschen Frauen lag der AfD-Anteil 2021 mit 6,1% nur knapp über der Prozhürde, während die AfD bei den ostdeutschen Männern mit einem Zweitstimmenanteil von 25,2% zur stärksten Partei avancierte. In beiden Landesteilen ist der AfD-Anteil bei WählerInnen im Alter von unter 26 Jahren oder über 70 Jahren klar unterdurchschnittlich, ansonsten zeigen sich keine großen Altersunterschiede (Bundeswahlleiter, 2022). Die höchsten Unterstützungswerte überhaupt erzielte die Partei bei den Männern im Alter zwischen 45 und 60 Jahren in Thüringen (37%) und Sachsen (37,1%).

Die repräsentative Wahlstatistik liefert sehr präzise Informationen, beschränkt sich aber auf die Merkmale Alter, Geschlecht und Region. Alle weiterführenden Untersuchungen zur sozialen Basis der AfD und zu den Motiven ihrer WählerInnen stützen sich deshalb auf Umfragedaten, die meist aus großen, öffentlich finanzierten und frei zugänglichen Befragungen (ALLBUS, ESS, GLES, SOEP) stammen. In den nächsten Abschnitten werden die Ergebnisse dieser Forschung vorgestellt.

## 5.2 „Modernisierungsverlierer“ als soziale Basis der AfD?

Mit der Behauptung, dass es sich bei den WählerInnen der AfD primär *nicht* um sogenannte Modernisierungsverlierer handele, löste Lengfeld (2017) eine hitzige Diskussion in der deutschen Soziologie aus (siehe Lux, 2018; Rippl und Seipel, 2018; Tutic und von Hermanni, 2018; Lengfeld, 2018), die auch in der breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Zu den Besonderheiten dieser Debatte gehörte, dass sie im wesentlichen in einer einzigen deutschsprachigen soziologischen Zeitschrift geführt wurde. Berührungspunkte zur aktuellen politikwissenschaftlichen Diskussion in Deutschland und weltweit waren kaum zu finden.

Der Begriff „Modernisierungsverlierer“ wurde in der wissenschaftlichen Diskussion über die frühen Wahlerfolge der Republikaner geprägt (Ulbricht, 2020).

Seine intellektuellen Wurzeln reichen allerdings deutlich weiter, nämlich bis zur „Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften“ zurück, mit der Scheuch und Klingemann (1967) unter Rückgriff auf noch ältere Überlegungen von Durkheim, Kornhauser, Parsons und anderen den Erfolg der NPD und ähnlicher Parteien zu erklären suchten (Winkler, 1996, 37-39).

Scheuch und Klingemann nahmen ursprünglich an, dass Modernisierungsprozesse bei manchen sozialen Gruppen ein Gefühl normativer Verunsicherung (Anomie) und fehlender gesellschaftlicher Integration auslösen, das durch die Ausbildung radikaler Einstellungen kompensiert wird. In der späteren Diskussion hingegen wurde fast ausschließlich auf Gefühle ökonomischer und kultureller Bedrohung durch Migration und Globalisierung verwiesen. Insgesamt blieb der Begriff und damit auch die „Modernisierungsverliererhypothese“ aber recht unbestimmt – erst zwei Jahrzehnte nach den ersten Erfolgen der REP legte Spier (2010) einen Versuch zur Systematisierung vor, der wiederum nur zögerlich und nur in Teilen rezipiert wurde.

Neben den Problemen, die sich aus einer zunächst schmalen und nicht optimalen Datenbasis ergaben, waren auch solche Unklarheiten über Begrifflichkeiten und Mechanismen für den Dissens in der Soziologie mit verantwortlich. In der Gesamtschau zeigte sich, dass ökonomische Abstiegsängste, vor allem aber kulturelle Bedrohungsgefühle in einem engen Zusammenhang mit der Unterstützung der AfD stehen. Der durchaus vorhandene Effekt objektiverer Faktoren wie Bildung und Einkommen, die im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage stehen (aber nicht darauf reduziert werden sollten), ist im wesentlichen über solche Einstellungen vermittelt (Rippl und Seipel, 2018, siehe auch Niedermayer und Hofrichter, 2016; Bergmann et al., 2017; Hartmann et al., 2021). Ob es sinnvoll ist, diese Zusammenhänge mit dem Etikett der „Modernisierungsverlierer“ zu bezeichnen, sei dahingestellt.

Eine wichtige Ergänzung zu dieser Diskussion, die deren Befunde nochmals aus einer etwas anderen Perspektive beleuchtet, hat zuletzt Cohen (2021) vorgelegt. Er schätzt mit Hilfe objektiverer Indikatoren zunächst das individuelle Risiko arbeitslos zu werden und zeigt dann, dass dieses in einem klar positiven Zusammenhang mit der Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahl steht. Kontrolliert man dieses Risiko statistisch, hat das tatsächliche Eintreten von Arbeitslosigkeit jedoch keinen Effekt mehr auf die Wahl der AfD. Vielmehr werden dann die Wahl der Linken oder die Nichtwahl wahrscheinlicher.

### **5.3 Die Bedeutung nativistischer Einstellungen für die Wahl der AfD und die Ost-West-Kluft**

Oben wurde bereits darauf hingewiesen, dass die AfD ihr nativistisches Profil im Lauf der Zeit zusehends geschärft hat. Zugleich ist immer deutlicher geworden, dass die Partei in den ostdeutschen Bundesländern überproportional große Unterstützung genießt. Schon früh hat sich deshalb die Frage gestellt, welche Rolle nativistische Einstellungen für die Wahl der AfD spielen und ob diese ausreichen, um das Ost-West-Gefälle in den AfD-Ergebnissen zu erklären. Bereits 2016 konnten Niedermayer und Hofrichter mit Daten von Infratest dimap vom Februar/März 2016 zeigen, dass die Einstellungen der AfD-WählerInnen stark durch eine negative Bewertung der Flüchtlingspolitik geprägt waren. Dies bestätigen auch die von Hambauer und Mays (2017) analysierten Daten der GLES aus dem Sommer 2016 sowie die Umfrage von Goerres et al. (2018) aus dem Mai 2016. Zugleich erwiesen sich die AfD-WählerInnen als überdurchschnittlich fremdenfeindlich und chauvinistisch (Niedermayer und Hofrichter, 2016, 276-281). Speziell für Bayern, wo zunächst ein großer Teil der Geflüchteten eintraf, konnte überdies gezeigt werden, dass die AfD in (ländlichen) grenznahen Gemeinden (Jäckle et al., 2018) und in der Nähe von Aufnahmeeinrichtungen (Stecker und Debus, 2019) besonders erfolgreich war.

Für den Zeitraum zwischen der Gründung der Partei 2013 und ihrem ersten Einzug in den Bundestag 2017 lässt sich die Entwicklung des Elektorats der AfD und insbesondere die wachsende Bedeutung nativistischer Einstellungen mit Hilfe der GLES-Längsschnittdaten sehr detailliert nachvollziehen. Bieber et al. (2018, 451) zeigen, dass migrations skeptische Einstellungen im Zeitraum von November 2013 bis September 2016 deutlich wichtiger sind als während des von Schmitt-Beck (2017) untersuchten Bundestagswahlkampfes 2013.

Arzheimer und Berning (2019) verwenden ebenfalls die GLES-Daten, betrachten aber den gesamten Zeitraum von Mai 2013 bis zur Bundestagswahl im September 2017. Mit einem besonderen Verfahren können sie außerdem mehrere kleinere Zwischenbefragungen einbeziehen. Auf dieser nochmals deutlich breiteren Datengrundlage können sie abschätzen, wie sich die Wirkung einer großen Zahl von Variablen auf die AfD-Wahl über die Zeit verändert hat, ohne eine Einteilung in Phasen vornehmen zu müssen. Im Ergebnis zeigt sich, dass sich der Effekt der allgemeinen Ideologie (Links-Rechts-Selbsteinstufung) zwischen 2013 und 2017 fast verdoppelt hat. Unter Kontrolle dieser allgemeinen Ideologie haben ökonomische Einstellungen zur Höhe von Sozialleistungen und Steuern keinen relevanten Einfluss auf die Wahl der AfD. Zu Beginn des Untersuchungszeitraums galt dies auch für die Einstellungen zur Migration. Dies änderte sich jedoch dramatisch: 2017 waren diese Einstellungen innerhalb des Modells zur wichtigste Determinante der

AfD-Wahl geworden: mit jeder Zunahme der Migrationsskepsis um einen Punkt auf einer elfstufigen Skala stieg der erwartete Stimmenanteil der AfD um jeweils vier Prozentpunkte (Arzheimer und Berning, 2019, 7).

Die Ergebnisse von Arzheimer und Berning deuten außerdem darauf hin, dass sich selbst unter Kontrolle von Einstellungen und sozio-demographischen Variablen die Ost-West-Kluft über die Zeit vertieft. Für diesen Befund gibt es zwei komplementäre Erklärungen: Erstens dürfte es noch weitere Einflussfaktoren geben, die in diesem recht sparsamen Modell nicht auftauchen. Zweitens ist denkbar, dass sich die Wirkung von Einstellungen und anderen Variablen zwischen den beiden Regionen unterscheiden. Weiterführende Analysen auf der Basis der GLES-Kurzfristpanel und des ALLBUS (Betz und Habersack, 2019; Pesthy et al., 2020; Weisskircher, 2020; Arzheimer, 2022) bestätigen dies im wesentlichen. Über die größere Einwanderungsskepsis hinaus sind die ostdeutschen Befragten im Mittel erkennbar nativistischer und außerdem auch etwas populistischer und rechsextrémistischer eingestellt als die westdeutschen. Zudem scheint der Effekt nativistischer Einstellungen auf die Wahl der AfD etwas stärker zu sein als im Westen. In der Summe genügt dies, um einen großen Teil der Ost-West-Unterschiede zu erklären.

#### 5.4 Weitere Determinanten der AfD-Wahl

In den vorangegangenen Abschnitten wurde gezeigt, dass die WählerInnen der AfD ein klares soziales Profil haben, aber zumindest unter ökonomischen Gesichtspunkten nicht als ModernisierungsverliererInnen gelten können. Sie sind auch keine unpolitischen ProtestwählerInnen. Vielmehr sind sie in erster Linie durch migrationsskeptische und im weiteren Sinne nativistische Einstellungen motiviert. Über diesen zentralen Zusammenhang hinaus hat die Forschung eine Reihe weiterer interessanter Zusammenhänge untersucht.

So fragt Martin (2019) wie vor ihm bereits Niedermayer und Hofrichter (2016) nach der parteipolitischen Herkunft der AfD-WählerInnen. Auch wenn solche Untersuchungen stets mit methodologischen Problemen behaftet sind, erscheint es nach seinen Ergebnissen zumindest plausibel, dass ein großer Teil der AfD-WählerInnen bei der Bundestagswahl 2013 entweder nicht an der Wahl teilgenommen oder aber damals die CDU gewählt hat. Diese hat sich in der Wahrnehmung der AfD-WählerInnen zwischenzeitlich deutlich nach links bewegt.

Schulte-Cloos (2022) kann zeigen, dass die AfD *ceteris paribus* in solchen Regionen erfolgreicher ist, in denen zwischen 2009 und 2013 DVU, NPD, REP oder kleinere Parteien vergleichsweise gut abgeschnitten haben. Dies deutet auf eine Rolle regionaler rechter Subkulturen hin. Ähnliche, teils noch längerfristige Muster haben sich, wie oben dargelegt, bereits in vorangegangenen Mobilisierungswellen

gezeigt. Noch weiter zurück in die Vergangenheit reichen die Untersuchungen von Hoerner et al. (2019) sowie von Haffert (2021), die einen positiven Zusammenhang zwischen der Wahl der AfD und den Standorten von Konzentrationslagern bzw. einen negativen Zusammenhang mit den Orten anti-katholischer Unterdrückung im Bismarck-Reich finden. Diese Effekte sind allerdings sehr schwach.

Steiner und Landwehr (2018) zeigen mit Daten des GESIS-Panels aus den Jahren 2015 und 2016, dass das Vorliegen eines populistischen Verständnisses von Demokratie mit den Elementen Majoritarismus, Unmittelbarkeit und Antipluralismus die Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahl selbst dann deutlich erhöht, wenn eine ganze Reihe anderer Einstellungsvariablen statistisch kontrolliert wird. Befragte, die 2015 ein solches Demokratieverständnis aufwiesen, hatten auch eine höhere Wahrscheinlichkeit, im Folgejahr ihre Parteipräferenz zugunsten der AfD zu wechseln.

Bayerlein und Metten (2022) können belegen, dass die Frage nach der Angemessenheit der Corona-Maßnahmen das AfD-Elektorat stärker polarisiert hat als die WählerInnen anderer Parteien. Sie argumentieren, dass die AfD deshalb – anders als von vielen erwartet – von der Pandemie nicht profitieren konnte, sondern 2021 in einigen überproportional betroffenen Gebieten in Westdeutschland sogar besonders deutliche Verluste gegenüber 2017 hinnehmen musste.

Eine relativ kleine, aber keineswegs unbedeutende Gruppe, die von der AfD gezielt umworben wird und in der sie überdurchschnittlich erfolgreich ist, sind die SpätaussiedlerInnen aus Russland. Mit den Daten der IMGES-Studie zeigen Hansen und Olsen (2020), dass innerhalb dieser Gruppe Ressentiments gegenüber Geflüchteten ein sehr guter Prädiktor für die Wahl der Partei sind. Auf der gleichen Datengrundlage weisen Spies et al. (2022) nach, dass unabhängig von diesem Effekt eine fehlende Integration in die Mehrheitsgesellschaft die Wahlchancen der AfD erhöht. Auf den ersten Blick mag es ungewöhnlich erscheinen, dass gerade Menschen mit einem sogenannten Migrationshintergrund eine rechtspopulistische Partei wählen. Ähnliche Effekte sind aber von den „Pieds-Noirs“ – europäischstämmigen SiedlerInnen, die sich gegen Ende des Algerienkrieges unter schwierigen Bedingungen in Frankreich niederließen – seit langem bekannt (Veuglers et al., 2015).

## **6 Zusammenfassung und Ausblick**

Seit den Gründungsjahren der Bundesrepublik haben radikal rechtspopulistische, teils auch rechtsextreme Parteien immer wieder Wahlerfolge erzielen können. Bis zur Mitte der 2010er Jahre blieben diese punktuell, seitdem existiert trotz regionaler Unterschiede mit der AfD erstmals eine Rechtsaußenpartei mit einem bundespoli-

tisch relevanten Elektorat.

Nicht alle WählerInnen dieser Parteien sind bzw. waren selbst rechtradikal oder rechtsextrem. Umgekehrt unterstützen viele Menschen mit entsprechenden Einstellungen entweder die demokratischen Parteien oder nehmen gar nicht an Wahlen teil. Trotzdem besteht insgesamt ein sehr enger Zusammenhang zwischen rechten Überzeugungen und der Wahl rechter Flügelparteien, der seit den 1960er Jahren durch Umfragedaten belegt und für die 1950er Jahre höchst plausibel ist. Von besonderer Bedeutung sind dabei neben den klassischen Elementen rechtsextremen Denkens wie Antisemitismus, Rassismus und Verklärung des Nationalsozialismus vor allem nativistische Einstellungen. Weitere Überzeugungen wie z.B. Euroskeptizismus spielen durchaus eine Rolle, reichen für sich genommen aber in der Regel nicht aus, um die Wahl der Rechtsaußenparteien zu erklären.

Der Konflikt über Migration und andere Elemente der sozio-kulturellen Dimension prägt in vielen Ländern den politischen Wettbewerb. Es steht deshalb zu erwarten, dass es auch in Deutschland weiterhin eine Nachfrage nach entsprechenden Politikentwürfen geben wird. Ob die AfD davon im bisherigen Umfang profitieren kann, wenn sie sich weiterhin Richtung Rechtsextremismus öffnet, bleibt jedoch abzuwarten.

## 7 Literatur

### Literatur

Arzheimer, Kai (2018): *Explaining Electoral Support for the Radical Right*, in: Jens Rydgren (Hrsg.): *The Oxford Handbook of the Radical Right*. Oxford University Press, S. 143–165.

Arzheimer, Kai (2019): *Dont mention the war! How populist right-wing radicalism became (almost) normal in Germany*, in: *Journal of Common Market Studies* .

Arzheimer, Kai (2022): *The Electoral Breakthrough of the AfD and the East-West Divide In German Politics*, in: *From the Streets to Parliament? The Fourth Wave of Far-Right Politics in Germany*. London, Routledge.

Arzheimer, Kai und Carl Berning (2019): *How the Alternative for Germany (AfD) and their voters veered to the radical right, 2013-2017*, in: *Electoral Studies* S. online first.

Arzheimer, Kai, Harald Schoen und Jürgen W. Falter (2001): *Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten*, in: Richard Stöss und Wilfried Schubarth (Hrsg.):

*Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz.* Opladen, Leske und Budrich, S. 220–245.

Backer, Susann (2000): *Right-wing Extremism in Unified Germany*, in: Paul Hainsworth (Hrsg.): *The Politics of the Extreme Right. From the Margins to the Mainstream.* London, New York, Pinter, S. 87–120.

Bayerlein, Michael und Anne Metten (2022): *The Impact of Covid-19 on the Support for the German AfD: Jumping the Populist Ship Or Staying the Course?*, in: *Politische Vierteljahresschrift* online first.

Bergmann, Knut, Matthias Diermeier und Judith Niehues (2017): *Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener?*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 48, Heft 1, S. 57–75.

Betz, Hans-Georg und Fabian Habersack (2019): *Regional Nativism in East Germany. The Case of the AfD*, in: Reinhard Heinisch, Emanuele Massetti und Oscar Mazzoleni (Hrsg.): *The People and the Nation. Populism and Ethno-Territorial Politics in Europe.* London, Routledge, S. 110–135.

Beyme, Klaus (1988): *Right-Wing Extremism in Post-War Europe*, in: Klaus Beyme (Hrsg.): *Right-Wing Extremism in Western Europe.* London, Frank Cass, S. 1–18.

Bieber, Ina, Sigrid Rossteutscher und Philipp Scherer (2018): *The Metamorphoses of the AfD-Electorate: From a Eurosceptical Protest Party to a Right-Wing Alternative?*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 59, Heft 3, S. 433–461.

Bornschiefer, Simon, Silja Häusermann, Delia Zollinger und Céline Colombo (2021): *How Usäand ThemRelates to Voting Behavior-Social Structure, Social Identities, and Electoral Choice*, in: *Comparative Political Studies* online first.

Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hrsg.) (2022): *Verfassungsschutzbericht 2021.* Berlin, Bundesamt für Verfassungsschutz.

Bundeswahlleiter (Hrsg.) (2014): *Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013. Heft 4 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen* (=Informationen des Bundeswahlleiters, ). Wiesbaden, Statistisches Bundesamt.

Bundeswahlleiter (Hrsg.) (2022): *Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021. Heft 4 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen* (=Informationen des Bundeswahlleiters, ). Wiesbaden, Statistisches Bundesamt.

- Cohen, Denis (2021): *Ökonomisches Risiko und die elektorale Anziehungskraft der AfD*, in: Bernhard Weßels und Harald Schoen (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017*. Wiesbaden, Springer Fachmedien, S. 297–320.
- Decker, Frank und Viola Neu (Hrsg.) (2013): *Handbuch der deutschen Parteien*, zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden, Springer VS.
- Falter, Jürgen W. (1994): *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland [unter Mitarbeit von Markus Klein]*. München, Beck.
- Goerres, Achim, Dennis C. Spies und Staffan Kumlin (2018): *The Electoral Supporter Base of the Alternative for Germany*, in: *Swiss Political Science Review* 24, Heft 3, S. 246–269.
- Golder, Matt (2003): *Explaining Variation in the Success of Extreme Right Parties in Western Europe*, in: *Comparative Political Studies* 36, Heft 4, S. 432–466.
- Golder, Matt (2016): *Far Right Parties in Europe*, in: *Annual Review of Political Science* 19, Heft 1, S. 477–497.
- Haffert, Lukas (2021): *The Long-Term Effects of Oppression: Prussia, Political Catholicism, and the Alternative für Deutschland*, in: *American Political Science Review* online first, S. 1–20.
- Hambauer, Verena und Anja Mays (2017): *Wer wählt die AfD? - Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien*, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* S. online first.
- Hansen, Michael A. und Jonathan Olsen (2020): *Pulling Up the Drawbridge*, in: *German Politics and Society* 38, Heft 2, S. 109–136.
- Hartmann, Jörg, Karin Kurz und Holger Lengfeld (2021): *Modernization LosersRR-venge? Income Mobility and Support for Right- and Left-Wing Populist Parties in Germany*, in: *European Sociological Review* 38, S. 138–152.
- Heinze, Anna-Sophie und Manès Weisskircher (2021): *No Strong Leaders Needed? Afd Party Organisation Between Collective Leadership, Internal Democracy, and Movement-PartySStrategy*, in: *Politics and Governance* 9, Heft 4, S. 263–274.
- Hoerner, Julian M., Alexander Jaax und Toni Rodon (2019): *The Long-Term Impact of the Location of Concentration Camps on Radical-Right Voting in Germany*, in: *Research & Politics* 6, Heft 4, S. 1–8.

- Jäckle, Sebastian, Uwe Wagschal und Andreas Kattler (2018): *Distanz Zur Grenze Als Indikator für Den Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Bayern?*, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 12, Heft 3, S. 539–566.
- Klein, Markus und Jürgen W. Falter (1996a): *Die dritte Welle rechtsextremer Wahlerfolge in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Jürgen W. Falter, Hans-Gerd Jaschke und Jürgen Winkler (Hrsg.): *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung* (=PVS Sonderheft 27). Opladen, Westdeutscher Verlag, S. 288–312.
- Klein, Markus und Jürgen W. Falter (1996b): *Die Wähler der Republikaner zwischen sozialer Benachteiligung, rechtem Bekenntnis und rationalem Protest*, in: Oscar W. Gabriel und Jürgen W. Falter (Hrsg.): *Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien* (=Empirische und methodologische Beiträge zur Sozialwissenschaft, Bd. 15). Frankfurt/Main u.a., Lang, S. 149–173.
- Kreter, Maximilian (2020): *Die Wähler der NPD in Ostdeutschland 2005-2011*. Baden-Baden, Tectum.
- Lees, Charles (2018): *The „Alternative for Germany“: The Rise of Right-Wing Populism at the Heart of Europe*, in: *Politics* 38, S. 295–310.
- Lengfeld, Holger (2017): *Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer?*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 69, Heft 2, S. 209–232.
- Lengfeld, Holger (2018): *Der „Kleine Mann“ und die AfD: Was steckt dahinter?*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, Heft 2, S. 295–310.
- Liepelt, Klaus (1967): *Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 7, S. 237–271.
- Lubbers, Marcel und Peer Scheepers (2000): *Individual and Contextual Characteristics of the German Extreme Right-Wing Vote. A Test of Complementary Theories*, in: *European Journal of Political Research* 38, S. 63–94.
- Lux, Thomas (2018): *Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer?*, in: *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, Heft 2, S. 255–273.
- Martin, Christian W. (2019): *Electoral Participation and Right Wing Authoritarian Success – Evidence from the 2017 Federal Elections in Germany*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 60, Heft 2, S. 245–271.

- Mayer, Nonna und Pascal Perrineau (1992): *Why Do They Vote for Le Pen?*, in: *European Journal of Political Research* 22, S. 123–141.
- Mayer, Sabrina (2011): *Die Wähler der NPD. Eine empirische Untersuchung der Einflussfaktoren auf die Wahl der NPD 1969*. Wiesbaden, Drewipunkt.
- Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Mudde, Cas (2019): *The Far Right Today*. Cambridge, Polity Press.
- Niedermayer, Oskar und Jürgen Hofrichter (2016): *Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 47, Heft 2, S. 267–285.
- Pesthy, Maria, Matthias Mader und Harald Schoen (2020): *Why Is the AfD so Successful in Eastern Germany? An Analysis of the Ideational Foundations of the AfD Vote in the 2017 Federal Election*, in: *Politische Vierteljahresschrift* online first.
- Pfahl-Traughber, Armin (2016): *Die „alte“ und die „neue“ NPD. Eine vergleichende Betrachtung zu Gefahrenpotential und Profil*, in: Stephan Braun, Alexander Geisler und Martin Gerster (Hrsg.): *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2. Auflage, S. 55–75.
- Pfahl-Traughber, Armin (2018): *Deutsche Volksunion (DVU)*, in: Frank Decker und Viola Neu (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Parteien*. Wiesbaden, Springer VS, 3. Auflage, S. 292–298.
- Rippl, Susanne und Christian Seipel (2018): *Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen?*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, Heft 2, S. 237–254.
- Scheuch, Erwin K. und Hans-Dieter Klingemann (1967): *Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften*, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik* 12, S. 11–29.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2017): *The „Alternative für Deutschland in the Electorate“: Between Single-Issue and Right-Wing Populist Party*, in: *German Politics* 26, Heft 1, S. 124–148.
- Schmollinger, Horst W. (1983a): *Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands*, in: Richard Stöss (Hrsg.): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band 2*. Opladen, Westdeutscher Verlag, S. 1922–1994.

- Schmollinger, Horst W. (1983b): *Die Sozialistische Reichspartei*, in: Richard Stöss (Hrsg.): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band 2*. Opladen, Westdeutscher Verlag, S. 2274–2336.
- Schulte-Cloos, Julia (2022): *Political Potentials, Deep-Seated Nativism and the Success of the German AfD*, in: *Frontiers in Political Science* 3.
- Schwarzbözl, Tobias und Matthias Fatke (2016): *Außer Protesten nichts gewesen? Das politische Potenzial der AfD*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 57, Heft 2, S. 276–299.
- Spier, Tim (2010): *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*. Wiesbaden, VS Verlag.
- Spies, Dennis Christopher, Sabrina Jasmin Mayer, Jonas Elis und Achim Goerres (2022): *Why Do Immigrants Support an Anti-Immigrant Party? Russian-Germans and the Alternative for Germany*, in: *West European Politics* online first, S. 1–25.
- Stecker, Christian und Marc Debus (2019): *Refugees Welcome? Zum Einfluss der Flüchtlingsunterbringung auf den Wahlerfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Bayern*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 60, Heft 2, S. 299–323.
- Steiner, Nils D. und Claudia Landwehr (2018): *Populistische Demokratiekonzeptionen und die Wahl der AfD: Evidenz aus einer Panelstudie*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 59, Heft 3, S. 463–491.
- Stöss, Richard (Hrsg.) (1983a): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band 1*. Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Stöss, Richard (Hrsg.) (1983b): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band 2*. Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Swyngedouw, Marc (2001): *The Subjective Cognitive and Affective Map of Extreme Right Voters: Using Open-ended Questions in Exit Polls*, in: *Electoral Studies* 20, S. 217–241.
- Tauber, Kurt P. (1967): *Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945*, Bd. 2. Middletown, Connecticut, Wesleyan University Press.
- Tutic, Andreas und Hagen von Hermanni (2018): *Sozioökonomischer Status, Deprivation und die Affinität zur AfD - Eine Forschungsnotiz*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, Heft 2, S. 275–294.
- Ulbricht, Christian (2020): *Forschungsnotiz: Modernisierungsverlierer - Eine Begriffsgeschichte*, in: *Zeitschrift für Soziologie* 49, Heft 4, S. 265–272.

- van der Brug, Wouter, Meindert Fennema und Jean Tillie (2000): *Anti-Immigrant Parties in Europe: Ideological or Protest Vote?*, in: *European Journal of Political Research* 37, Heft 1, S. 77–102.
- Veugelers, John, Gabriel Menard und Pierre Permingeat (2015): *Colonial Past, Voluntary Association and Far-right Voting in France*, in: *Ethnic and Racial Studies* 38, Heft 5, S. 775–791.
- Weisskircher, Manès (2020): *The Strength of Far-Right AfD in Eastern Germany: The East-West Divide and the Multiple Causes behind „Populism“*, in: *The Political Quarterly* S. online first.
- Winkler, Jürgen (1996): *Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren*, in: Jürgen W. Falter, Hans-Gerd Jaschke und Jürgen Winkler (Hrsg.): *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung (=PVS Sonderheft 27)*. Opladen, Westdeutscher Verlag, S. 25–48.